

Doch keine Strafsteuer für Religionsfreiheit

Der Versuche des oö ÖVP-Landesrat Max Hiegelsberger die Einführung einer Strafsteuer für Kirchenaustreter zu fordern, ist gründlich in die Hose gegangen. Aber eine nachträgliche Zusammenfassung dazu ist angebracht:

Am 4.1.2012 war dem Standard folgendes zu entnehmen:

Wenige Tage vor Bekanntgabe der Kirchenaustrittszahlen von 2011 kommt ein Vorstoß vom oberösterreichischen Bauernbund: "Kirchensteuer-Flüchtlinge", so Landesobmann Max Hiegelsberger am Mittwoch, sollen einen gleichwertigen Kultusbeitrag leisten. Er vermisse in der aktuellen Diskussion um die Gerechtigkeit der Steuerlast eine Gerechtigkeitsdebatte im Zusammenhang mit dem Kirchenbeitrag. Hiegelsberger ist auch Landesrat für Landwirtschaft in Oberösterreich.

Es sei nicht gerecht, dass jene, die aus der Kirche austreten, keinen Beitrag im Kultusbereich leisten müssen, betonte Hiegelsberger. "Die Geschichte und Identität eines Landes finden sich auch in den geschichtsträchtigen Gebäuden. Die Stifte, Klöster und Kirchen sind Wahrzeichen des Landes Oberösterreich." Der Kirchenbeitrag werde auch zum Erhalt dieser Bauten verwendet, erklärte der Landesobmann. "Es kann nicht sein, dass von diesen Wahrzeichen jeder profitiert, aber nicht alle beim Erhalt mitzahlen."

Der Verstoß stieß auf überraschend heftige Ablehnung, nicht nur durch die betroffenen Religionslosen, sondern sehr breitflächig.

OÖNachrichten vom 5.1.: Kirchenbeitrag: Bauernbund-Vorschlag erntet HämeLINZ. Der Vorschlag des oberösterreichischen Bauernbund-Obmannes Max Hiegelsberger, von jenen, die aus der katholischen Kirche ausgetreten sind, einen Kultusbeitrag einzuheben, stößt auf Ablehnung und erntet Häme. FP-Landeschef Manfred Haimbuchner sprach von einem "verpatzten Aprilscherz".

Auch LH Josef Pühringer (V) äußerte sich ablehnend. Für den BZÖ-Abgeordneten Gerald Grosz ist der Vorstoß "an Schwachsinnigkeit kaum zu überbieten". (..)

FP-Landesparteiobmann Haimbuchner sagte, dass das christlich kulturelle Erbe Österreichs sehr wohl von Bedeutung sei. Mit einer Zwangskirchensteuer werde jedoch genau das Gegenteil von dem erreicht, was Hiegelsberger bezwecken wolle. Die VP sollte lieber aus dem mit 150 Mio. Euro "überdimensionierten Kulturbudget" Mittel aufbringen und zur Verfügung stellen, um die sakralen Kulturdenkmäler zu erhalten, so Haimbuchner.

Auch der Landeshauptmann goutiert die Anregung Hiegelsbergers, der auch Agrar- und Gemeindelandesrat ist, nicht. In der jetzigen Steuerdebatte habe das Thema nichts verloren.

Der neue Steuervorschlag zeige die "besondere Qualität" des Gemeindereferenten, meldete sich der Steyregger Bürgermeister Josef Buchner (Bürgerinitiative für Umwelt- und Lebensqualität SBU) in einer Aussendung zu Wort. Wenn der Vorschlag kein Faschingsscherz sein solle, könne man auch über eine Steuer für jene Personen, die weder Gewerkschafts- noch Kammermitglieder sind, nachdenken.

Der BZÖ-Mandatar Grosz meinte in einer Aussendung, der Erhalt der Baudenkmäler in Österreich sei Sache der jeweiligen Eigentümer und auch der öffentlichen Hand: "Dass die Steuerzahler mit dem ÖVP-Vorschlag diesbezüglich doppelt zur Kasse gebeten werden, grenzt angesichts der angespannten Situation unserer Haushalte an Mundraub."

Eine Ausnahme gab's natürlich, die katholische Kirche frohlockte vorsichtig:

OÖN: Die Diözese Linz versteht den Vorschlag einen Kultusbeitrags als Anregung zu einer Diskussion über die Verantwortung für den Schutz und Erhalt von Kulturgütern. Generalvikar Severin Lederhilger erklärte, dass das Anliegen grundsätzlich unabhängig vom Kirchenbeitrag zu sehen zu sehen sei.

Die Initiative "Religion ist Privatsache" verurteilte Bauernbund-Hiegelsberger Vorstoß in Richtung "Zwangskultussteuer" aufs Schärfste:

Wien, 4.1.2012. OÖ-Bauernbundobmann Max Hiegelsbergers heute von der APA gemeldete Vorstoß in Richtung eines verpflichtenden „Kultusbeitrages“ wird von der Initiative Religion ist Privatsache scharf kritisiert. Als „undemokratisch aber typisch für das weltanschauliche Milieu, dem offensichtlich Herr Hiegelsberger entstammt“ wertete Prof. Heinz Oberhammer, Vorstandsmitglied der Initiative, diesen jüngsten Vorstoß und fügte hinzu: „In Wahrheit geht es hier um den Vorschlag, eine verfassungswidrige Zwangsfinanzierung überwiegend der Katholischen Kirche einzuführen. Für Herrn Hiegelsberger ist es offensichtlich selbstverständlich, dass die öffentliche Hand die Kirchen und Religionsgesellschaften Österreichs – und allen voran die Katholische Kirche – ohnehin schon jährlich mit einer Milliarde Euro unterstützt. Verfassungswidrig, natürlich, und auf Kosten der Zukunft unserer Kinder. Dem Bauernbund scheint jedoch die weltliche Macht der Kirche wichtiger als die Zukunft zu sein.“

Wenig Verständnis zeigt Oberhummer gegenüber der „kulturellen“ Argumentation Hiegelsbergers: „An die 80% des gesamten Kirchenbeitragsaufkommens steckt die Katholische Kirche in die Verwaltung und die sog. ‚Seelsorge‘, während der Staat ohnehin die Kosten der religiösen Erziehung nahezu gänzlich übernimmt und die teils überverschuldeten Länder über ihre Denkmalämter üppig diverse kirchliche Bau- und Sanierungstätigkeiten mitfinanzieren. Und jetzt will ein Landeshauptmann des Bauernbundes allen Ernstes uns alle eine Sondersteuer aufbrummen, die, schon wieder, der Kirche zugute kommen soll? Da kann man sich nur ernsthaft fragen, in welchem Jahrhundert Herr Hiegelsberger wirklich lebt. Die Bauern werden sich mit solchen Funktionären jedenfalls keine Sympathien in der österreichischen Bevölkerung schaffen.“

Ungeachtet des neuen Vorstoßes wird die Initiative Religion ist Privatsache demnächst Einzelheiten über ein Verfahren, das zur verfassungsrechtlichen Überprüfung der staatlichen Finanzierung der Kirchen und Religionsgesellschaften Österreichs führen soll, bekannt geben.

Sogar die Kronenzeitung war nicht für die Sondersteuer für Religionslose:

Oberösterreichischer VP-Landesrat löst Wirbel aus:
 Freitag, 6. Jänner 2012 / Nr. 18.567, €1,-
 Oberösterreich
Kronenzeitung
 UNABHÄNGIG
 www.krone.at
 Linz, Khevenhüllerstraße 31
 REDAKTION ☎ 0732/7808-0 ABO-SERVICE ☎ 05 7060-600

Kirchensteuer für alle als Riesenaufreger

Berichte
 Seiten
 2 und 18

hpd-Meldung Nr. 12595 vom 05.01.2012 · Konfessionsfreie sollen Kirchenbudget sanieren:



LINZ. (hpd) Wie in allen EU-Staaten wird in Österreich über die Budgetsanierung diskutiert. Einen interessanten Vorschlag liefert ein oberösterreichischer Regionalpolitiker: Er fordert eine Sondersteuer für „Kirchensteuer-Flüchtlinge“. Damit soll zumindest das Budget für den Denkmalschutz entlastet werden. Oder wahlweise das der katholischen Kirche.

Für einen Regionalpolitiker wie den Agarlandesrat und Bauernbund-Landesobmann Max Hiegelsberger von der konservativen ÖVP ist die Sache bestehend einfach: Viele denkmalgeschützte Gebäude sind Kirchen oder Klöster. Davon haben auch die Nicht-Katholiken etwas. Also sollen sie zahlen. Statt der „Kirchensteuer“ (die in Österreich Kirchenbeitrag heißt, Anm.) soll das eine Art Sondersteuer sein. Mit 1,1 Prozent des Einkommens theoretisch in gleicher Höhe wie der Kirchenbeitrag.

Gegenüber dem ORF Oberösterreich rechtfertigt der Agrarpolitiker seine kulturpolitischen Forderungen so: „Es ist derzeit das Aufkommen zur Erhaltung der Gebäude ungerecht verteilt. Nur jene, die aufgrund ihres Religionsbekenntnisses einen Beitrag zahlen, bekennen sich dazu. Es gibt viel mehr Gebäude als nur die der römisch-katholischen Kirche. Ich denke, es wäre gerecht, darüber nachzudenken, ob man nicht generell auf dieses System umstellen sollte.“ Unterstützung kam prompt von Hiegelsbergers Bundesparteiobmann Michael Spindelegger. Die Partei des Außenministers und Vizekanzlers hatte sich in den vergangenen Monaten deutlich gegen Steuererhöhungen ausgesprochen. Die Sondersteuer für Konfessionsfreie scheint für den Bundesobmann kein Tabu zu sein. Das solle man prüfen und nicht von vornherein ausschließen, meinte er gegenüber Medien.

Nicht nur nach Meinung von Niko Alm, Sprecher der KONFESSIONSFREIEN und des VOLKSBEGEHRENS GEGEN KIRCHENPRIVILEGIEN haben diese Forderungen nichts mit der Realität zu tun. „Die katholische Kirche bekommt mehr als die Hälfte der Förderungen für Denkmalschutz von Landes- und Bundesebene“, sagt der Vorsitzende des Zentralrats der Konfessionsfreien gegenüber dem hpd. Auch hpd-Recherchen legen nahe, dass sich Hiegelsberger

nicht mit Recherche zur Finanzierung der Denkmalpflege belastet hat, bevor er die Sondersteuer für Konfessionsfreie forderte. Demnach galten im Jahr 2009 nur knapp mehr als acht Prozent aller denkmalgeschützten Objekte in Österreich als Sakralbauten – für sie wurde trotzdem mehr als die Hälfte des gesamten Denkmalschutzbudgets ausgegeben. Das wird aus dem allgemeinen Steueraufkommen finanziert und kommt von allen steuerpflichtigen Österreicherinnen und Österreichern. Unabhängig vom Religionsbekenntnis.

„Was zahlt die Kirche eigentlich selbst?“

„Dazu kommen noch etliche Sonderförderungen“, sagt Alm. „Im Vorjahr hat die Stadt Wien 200.000 für die Sanierung des Papstkreuzes berappt und zahlt ab sofort die Erhaltung – und das ist noch nicht mal denkmalgeschützt.“ Weitere Beispiele, die Alm vorliegen: „Die Stadt Krems zahlt auch nächstes Jahr 100.000 Euro für Kirchenrenovierungen, und das bei einem Sparbudget.“ Auch vor finanzschwachen Kleinstädten macht das nicht halt. Die Gemeinde Wolkersdorf subventioniert die Sanierung des Pfarrhofs 2012 mit 15.000 Euro. Zusätzlich zu Förderungen des Landes.

Und bei größeren Renovierungen rühren Stifte und Diözesen zuverlässig die Werbetrommel, um Spenden zu lukrieren. Die Spendenkomitees für Stephansdom und Mariazell sind Dauereinrichtungen geworden. „Wenn man Mariazell nimmt: Zur Basilika pilgern jährlich 1,5 Millionen Menschen. Und da schafft man es nicht, die Renovierung selber zu finanzieren?“ meint Alm. „Was an den ganzen Renovierungen zahlt die Kirche eigentlich selbst?“ Fazit: „Ein beträchtlicher Teil der Renovierungen wird schon jetzt von den knapp zwei Millionen Konfessionsfreien in Österreich mit finanziert.“

Auch eine weitere Aussage Hiegelsbergers hält einer Überprüfung nicht stand: „Der Kirchenbeitrag stellt ja nicht nur sicher, dass die Religion und die Funktionen aufrechterhalten werden, sondern ein wesentlicher Beitrag geht ja auch in die Erhaltung der Gebäude.“

In Hiegelsbergers Heimatdiözese Linz etwa wurden laut Rechenschaftsbericht 2010 15 Millionen aus dem Gesamtbudget von 88 Millionen für „Baufwand“ ausgegeben. Das macht knapp 16 Prozent. In dieser Summe sind auch Neubauten von Schulen und Kindergärten enthalten. Im gleichen Jahr erwirtschaftete die Diözese einen Überschuss von 201.000 Euro. In den anderen Diözesen sieht es nicht wesentlich anders aus.

Wer soll die Sondersteuer zahlen?

Bleibt die Frage, von wem die Hiegelsberger-Steuer eingehoben werden soll. Nur von ausgetretenen Katholiken? Von allen Konfessionsfreien? Oder auch von Mitgliedern von Religionsgemeinschaften, die keinen Religionsbeitrag einheben, wie die Zeugen Jehovas oder die Muslime? Der hpd hat Hiegelsberger und seiner Pressesprecherin diese Fragen per Mail geschickt. Antwort bislang: keine. Für eine telefonische Rückfrage war das Büro nicht mehr zu erreichen.

Bleibt noch die Frage nach Hiegelsbergers Sprache. Die stößt Niko Alm sauer auf. „Allein der Ausdruck Kirchensteuer-Flüchtlinge diffamiert die Menschen zutiefst, die in den vergangenen Jahren aus Abscheu über strukturelle sexuelle Gewalt an Kindern und ihre systematische Vertuschung die römisch-katholische Kirche verlassen haben. Das ist unterste Schublade.“ Es lasse auch tief blicken, dass ein Berufspolitiker nicht verstehen könne, dass man eine solche Einrichtung nicht mitfinanzieren wolle. „Mit seinem Vorschlag entzieht er jedem mündigen Bürger das Recht, mit einer Religion, vor allem mit der katholischen Kirche, nichts zu tun haben zu wollen. Weil dann selbst bei einem Austritt wieder Geld der Kirche zugutekommen würde. Das ist demokratiepolitisch unwürdig“, sagt Alm.

Christoph Baumgarten

Für Verwirrung sorgte ein Vorschlag der Konfessionsfreien:

Niko Alm vom Zentralrat der Konfessionsfreien hatte angeregt, alle Steuerpflichtigen könnten einen gewissen Anteil ihres Gehalts etwa für Kultur, NGOs bzw. karitative Zwecke zur Verfügung stellen - aber frei wählen, wem sie das Geld zukommen lassen. Wer wolle, könne den Betrag dann statt etwa einer Umweltorganisation auch einer Kirche überweisen. Dieser Betrag soll, so Alms Vorschlag, zudem steuerlich absetzbar sein. Was sofort dazu führte, dass laut ORF-Meldung in Österreich das "italienische System" eingeführt werden sollte, wo eine Kultursteuer eingehoben wird, welche die Steuerzahler verschiedenen Institutionen widmen könnten.



Aber es war Niko Alm klarerweise nicht darum gegangen, eine neue Steuer einzuführen, sondern eine zusätzliche Möglichkeit, um Spenden abzusetzen, es wurde daher klargestellt:

Das kleine Kirchensteuer-ABC: Alm, Bauernbund, Caritas

Weil halbe Zitate und ohne Kontext wiedergegebene Gedanken sehr oft zu Missverständnissen führen, werde ich an dieser Stelle meine Position zum gestrigen Vorschlag des Bauernbundes bzw. Landesobmann Max Hiegelsberger und zur steuerlichen Absetzbarkeit des Kirchenbeitrags generell ausführen:

1) Ich bin mit aller Deutlichkeit gegen die steuerliche Absetzbarkeit des Kirchenbeitrags bzw. aller Spenden an gesetzlich anerkannte Religionsgesellschaften. Diese Be-

stimmung ist undemokratisch. Sie widerspricht demokratischen Grundprinzipien der Religionsfreiheit und Egalität. Keiner darf auf Grund seiner Religion, Ablehnung derselben oder Weltanschauung besonders gefördert oder diskriminiert werden. Die steuerliche Absetzbarkeit des Kirchenbeitrags ist daher ersatzlos zu streichen.

2) Ich bin für eine Ausweitung der steuerlichen Absetzbarkeit von Spenden. Das ist kein Ersatz für 1), sondern etwas gänzlich anderes, genauso wie der Ethikunterricht kein Ersatz für den Religionsunterricht sein kann und darf. Es ist auch kein Ergänzungsangebot zur steuerlichen Absetzbarkeit des Kirchenbeitrags.

Wie soll das funktionieren? Jeder hat einen mit (Hausnummer 400.- EUR gedeckelten) Betrag für Spenden an Vereine pro Jahr zur Verfügung, der steuerlich abgesetzt werden kann. Und dabei ist es egal, ob der Verein der lokale Fußballverein, Greenpeace, die örtliche Blasmusik oder die evangelische Kirche ist.

Es gibt für den Vorschlag 2) also keine konfessionelle Bindung. Ich kann als Buddhist dem Fußballverein spenden und als Atheist der Caritas. Voraussetzung für die weitere Absetzbarkeit des Kirchenbeitrags: Die Kirchen müssen dazu Vereine sein und ihre rechtliche Sonderstellung aufgeben.

Der Vorschlag von Hiegelsberger ist natürlich jenseitig und soll meines Erachtens nur dazu führen die massiv angestiegenen Kirchengaustritte einzudämmen, indem eine, weil die unter- und über- nicht mehr reichen, irdische Strafe dafür in Aussicht gestellt wird.

Die Ablehnung der Hiegelsbergerschen Vorschläge ist auch in Leserbriefen zu sehen:

LESERMEINUNG

Hiegelsberger-Steuern

Jetzt hat ein Landesrat mit seinem Vorschlag einer Kirchensteuer für alle den Wettbewerb neuer Steuerideen auf eine völlig neue Ebene gebracht. Hier müsste wirklich nachgedacht werden, ob es nicht weitere Möglichkeiten gibt, den Österrreichern noch mehr Geld aus der Tasche zu ziehen. Ich hätte da auch einige Ideen. Wie wäre es mit Theater-Abos auch für jene, die gar nicht ins Theater gehen, um die Kulturbetriebe finanzieren zu können? Hundesteuer für alle, weil ja auch die Nachbarn meinen freundlichen Vierbeiner streicheln dürfen. Kfz-Steuer nicht nur für Autobesitzer, sondern auch für deren Familien-

mitglieder, weil die ja auch mitfahren. Skipässe für alle, damit das Beschneien unserer Berge nicht zum Verlustgeschäft wird. Am wichtigsten aber, eine Depensteuer für Politiker mit derartig krausen Ideen. Für Sie, Herr Hiegelsberger, hätte ich aber einen gutgemeinten Rat, den ich Ihnen im Stile einer Parteifreundin näherbringen möchte. Bitte schweigen Sie, Herr Landesrat, und zwar shortly without von delay.

ROLAND PENZ,
Wels

Kirchenbeitrag

Meine Gratulation dem Herrn Hiegelsberger für seine geniale Idee, auch ausgetretenen Katholiken einen Obolus abzuverlan-

gen. Mit den zig Milliarden, die die Kirche an Wald und Grundbesitz hat, ist kein Auskommen mehr. Da müssen alle zur Kasse gebeten werden. Gerüchteweise habe ich erfahren, Herr Hiegelsberger hat noch weitergehende Vorschläge in petto. So plant er, dass auch alle Nicht-Mitglieder der ÖVP in Hinblick einen Mitgliedbeitrag zu entrichten haben.

GERHARD HIRSCHMANN,
Linz

Kultursteuer für Ausgetretene?

Den Vorschlag von Max Hiegelsberger finde ich sehr gut. Mich stört schon lange, dass nur die Kirchenmitglieder beim Erhalt der kirchlichen Denkmäler

und Sehenswürdigkeiten zur Kasse gebeten werden, den wirtschaftlichen Nutzen daraus in Form von Arbeitsplätzen, Gewinnen, Steuern, etc. aber alle einstreifen. Ich könnte mir eine Kultursteuer für die Ausgetretenen nach italienischem Vorbild vorstellen, das ist eine niedrigere Kirchensteuer, die man auch (außerkirchlich) zweckwidmen könnte.

WOLFGANG ORTNER,
Wels

Wir bitten, die Stellungnahmen kurz zu halten. Name und Anschrift des Absenders müssen deutlich vermerkt sein. (Gilt auch für E-Mail). Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzung vor. Ein Anrecht auf Abdruck besteht nicht.

Fax-Nr. 0 73 2 / 78 05-329 •
Briefadresse: Postfach 78 und 79,
Promenade 23, 4010;
E-Mail: leserbrief@nachrichten.at

LESERMEINUNG

Zwangsgebühren

Betreff: Kirchenbeitrag oder Kultursteuer?

Vorweg, ich bin gegen Vergewaltigung in jeder Form. Doch ich bin erstaunt, wie jetzt viele sich über den Vorschlag des Landesrates Max H. aufregen. Er hat doch nur das angeregt, was in letzter Zeit in gleicher Form passiert ist! Siehe Zwangsgebühren ORF (SPÖ/ÖVP) oder verpflichtende Biotonnen-Gebühr (siehe z. B. OÖN-Bericht BGM Brunner, Leonding) und es wird sicher noch wer weiteres wissen (auch was in der „Landes Experten Schublade“ schon fertig liegt – Messgeräte an jedem Rauchfang, etc.).

HERBERT GIMPL,
per E-Mail

Katholische Kirche

Ich bin begeistert von Herrn Dr. Bert Brandstetter (Präsident der Katholischen Aktion) und seinen Ideen und Vorhaben.

Ich hoffe und wünsche ihm, dass er die Kraft und Ausdauer hat, vieles davon umzusetzen. Das ist wie ein Frühlingslüfterl mitten im Winter.

Er stellt die Frage: Ob Benedikt XVI. der richtige Papst ist. Da muss ich sofort an Papst Johannes den XXIII. (1958 – 1963) denken, der uns leider einen viel zu kurzen Frühling in der Kirche beschert hat.

Er war der Lichtblick im letzten Jahrtausend (2. Vatikanisches Konzil), ein Papst der Liebe und Güte. Leider ist nach seinem viel

zu frühen Tod der Winter wieder eingekehrt.

Gott ist die Liebe, aber leider wird sie von seinen weltlichen Vertretern nicht gelebt.

HERMANN GROSSBIHLER,
Aschach/Steyr

Abgehoben

Danke für den Leitartikel von Herrn Mascher am 7.1.2012. „Vergelt's Gott dem Hiegelsberger“!

Ergänzen möchte ich dazu nur noch, dass zu einem Zeitpunkt, zu dem über die Finanzierung der Schuldenbremse verhandelt wird, jede Idee über neue Abgaben nur kontraproduktiv sein kann.

Die Meldung des Herrn LR Hiegelsberger kann auch seiner Partei nicht

nutzen und seiner Wiederwahl hoffentlich auch nicht. Sie dokumentiert die Abgehobenheit vieler Politiker.

Ein Landesrat, der bei den Wählern punkten will, sollte sich eher dafür einsetzen, dass kommunale Abgaben nicht erhöht werden, um den Steuerzahlern das Sparpaket zu erleichtern.

DIETER PETERMICHL,
Leonding

Wir bitten, die Stellungnahmen kurz zu halten. Name und Anschrift des Absenders müssen deutlich vermerkt sein. (Gilt auch für E-Mail). Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzung vor. Ein Anrecht auf Abdruck besteht nicht.

Fax-Nr. 0 73 2 / 78 05-329 •
Briefadresse: Postfach 78 und 79,
Promenade 23, 4010;
E-Mail: leserbrief@nachrichten.at

Befürworter von Hiegelsberger sind spärlich: Den Vorschlag von Max Hiegelsberger finde ich sehr gut. Mich stört schon lange, dass nur die Kirchenmitglieder beim Erhalt der kirchlichen Denkmäler und Sehenswürdigkeiten zur Kasse gebeten werden, den wirtschaftlichen Nutzen daraus in Form von Arbeitsplätzen, Gewinnen, Steuern, etc. aber alle einstreifen. Ich könnte mir eine Kultursteuern für die Ausgetretenen nach italienischem Vorbild vorstellen, das ist eine niedrigere Kirchensteuer, die man auch (außerkirchlich) zweckwidmen könnte. Wolfgang Ortner, Wels.

Natürlich brachten die Zeitungen längst nicht alle Leserbriefe zu dieser katholischen Strafsteuerschnapsidee, **zum Beispiel war mein Leserbrief den OÖN wohl doch etwas zu deftig:**

Seinerzeit als ab 1933 in Österreich durch Ausschaltung des Parlaments eine wahrhaft katholische Regierung im Amte war, konnte die Gefährdung eines Mitgliederschwundes der katholischen Kirche noch viel effektvoller bekämpft werden, als dies durch die von ÖVP-Landesrat Hiegelsberger vorgeschlagene Extrasteuer für Austreter möglich wäre. Im August 1933 war von der christkatholischen Regierung eine Verordnung erlassen worden, mit der die seit 1869 geltende Regelung des Kirchenaustritts dadurch entscheidend verschärft wurde, dass sich nunmehr Austrittswillige einer Untersuchung ihres Geisteszustandes unterziehen mussten. Kardinal Innitzer lobte den damaligen "Aufbruch in eine neue Zeit" und stellte im Weihnachtsbrief 1933 fest, "Noch selten dürfte das Oberhaupt der Kirche den Führern und den Mitgliedern einer Regierung so rückhaltlose Worte vollsten Lobes und freudiger Anerkennung für ihr Bekenntnis und staatsmännisches Ziel gewidmet haben, wie unserer gegenwärtigen Regierung. (...) Österreich steht heute sozusagen im Mittelpunkt des Weltinteresses als Vorbild und Beispiel einer christlichen Staatsordnung". Und der Vatikan bedankte sich auch zu Weihnachten für "die Wiederverchristlichung des gesamten öffentlichen Lebens und das friedliche Zusammenwirken zwischen Staat und Kirche zum Wohle aller." Ja, sowas Ähnliches will auch der Herr Landesrat Hiegelsberg! Das Zusammenwirken aller zum Wohle der katholischen Kirche! MfG, Erwin Peterseil, 4020 Linz

Der Erfinder der Strafsteuer rudert nach den für ihn offenbar überraschenden Reaktionen zurück, wie die Kronenzeitung am 8.1. meldet:

Seite 14 **OBERÖSTERREICH** Sonntag, 8. Jänner 2012

Österreichweites Trommelfeuer gegen den Pflicht-„Kultusbeitrag“

Hiegelsberger rudert jetzt zurück: Nur freiwillige Spende für Kirchen

Der fehlende Rückhalt in der eigenen VP und das Trommelfeuer der Kritiker scheint Bauernbund-Landesrat Max Hiegelsberger zum Zurückrudern zu bringen – siehe Interview, das die

„Krone“ Samstag (nur) per SMS mit dem VP-Politiker führen konnte: Doch kein verpflichtender Kultusbeitrag für aus der Kirche Ausgetretene, sondern bloß eine freiwillige Spende, meint Hiegelsberger nun ...

Wir bitten um Rückruf für ein kurzes Bilanzinterview *sonanz hervorgerufen. Die etwas zu kurz gepriffene* *dell. Angelegt auf Freiwilligkeit und Anreiz zur*

Bauernbündler Max Hiegelsberger eckt mit seiner Kirchensteuer für Nichtkirchenmitglieder kräftig an.



Hiegelsberger kommt schließlich ganz vom Land. Dort ist es ja noch so, dass die Heilige römisch-katholische Kirche vielen Leuten das eigenständige Denken abnimmt. Da kann man dann schon auf die Idee kommen, die Zugehörigkeit zur katholischen Kirche und die kirchliche Denkmalpflege gehöre zu den grundlegenden staatsbürgerlichen Pflichten, deren sich niemand entziehen dürfe. Hiegelsberger ist geistig (oder müsste man sagen "geistlich") irgendwo im Zeitalter der Gegenreformation stecken geblieben. Sogar in der Kronenzeitung belehren in Leserbriefe über mögliche weitere Konsequenzen seiner Strafsteuer (siehe Clip rechts).

Am 7.1. hatte ihm auch noch Dietmar Mascher im in einem Leserbrief auf der Vorseite erwähnten Leitartikel der OÖNachrichten ordentlich aufgemischt:

„Vergelt's Gott“ als staatliches Prinzip - Schon jetzt ist die Kirche vom Staat bevorzugt.

Sollte Agrarlandesrat Max Hiegelsberger den Neujahrsvorsatz gehabt haben, seinen Bekanntheitsgrad zu steigern, kann er dies zufrieden abhaken. Gescheitert wäre dagegen vorerst der Plan, sich als Politiker mit durchdachten, ernst zu nehmenden Ideen zu etablieren.

Die Forderung Hiegelsbergers, dass aus der Kirche Ausgetretene eine „Kultussteuer“ für die Erhaltung der Gotteshäuser zahlen sollten, ist in Wahrheit nichts anderes als der Versuch, die konservativsten Kernwählerschichten der ÖVP zu bedienen. Ansonsten ist sie in jeder Hinsicht absurd.

Macht man sich nämlich nur ein wenig die Mühe, sich mit dem schlampigen Ver-

Kirchenbeitrag

Von einem Bauernbund-Obmann und Landesrat hätte ich mir doch etwas Menschenverstand erwartet. Für Ihren Faschingsscherz habe ich noch einige Anregungen:

- Motorbezogene Steuer für die Personen, die einmal ein Auto besessen haben.
- Parteisteuer für die Personen, die einmal Parteimitglied waren.
- Landratssteuer für die Personen, die einmal Landesrat waren.
- Landwirtschaftssteuer für die Personen, die einmal eine Landwirtschaft hatten.

Die Liste kann man beliebig fortsetzen. Wenn Sie sonst keine Sorgen haben, dann treten Sie ganz einfach zurück, und ersparen Sie uns damit viel Geld.

Ein besorgter Österreicher. Wenn nämlich solche Politiker am Ruden sind, dann gute Nacht, Österreich.

Herwig Gatterwe, per E-Mail

hältnis des Staates zur katholischen Kirche auseinanderzusetzen, zeigt sich deutlich, dass schon jetzt die Kirche als Steuersubjekt, Unternehmerin, Grundbesitzerin und Erhalterin von erhaltenswerten Immobilien durchaus gut behandelt wird.

Neben den staatlichen Bundesforsten ist die Kirche größter Grundbesitzer im Land, aber von der Grundsteuer befreit. Sie erhält Geld aus dem Steuertopf für die Denkmalpflege und lässt sich anerkannte Leistungen im Bildungsbereich von der öffentlichen Hand entlohnen. Zudem wurde die absetzbare Summe der Kirchensteuer erhöht. Schon jetzt zahlt also jeder Steuerzahler für die Kirche. Das kann man wegen der Erhaltenswürdigkeit von Kirchen als Kulturgüter argumentieren. Weitere Strafgebühren von jenen zu verlangen, die (oft nicht aus finanziellen Gründen) aus der Kirche ausgetreten sind, wäre aber nicht nur ein Rückfall in die Zeit der Ablasszahlungen. Es wäre auch das Einbekenntnis der Kirche, ihre Mitglieder nicht mehr für den Glauben begeistern zu können.

Das wäre in einem Land, das die saubere Trennung von Staat und Kirche nur zag- und lückenhaft vollzogen hat, eine Gemeinsamkeit mit den politischen Parteien, denen die Mitglieder auch davonlaufen. Und die Kultusabgabe wäre nur der Testlauf für eine Parteibuchsteuer für ausgetretene Parteimitglieder.

Am 10. Jänner war dann sogar die Diözese Linz gegen Hiegelsberger:

Kirche gegen Hiegelsberger-Vorschlag

LINZ. Eine Absage hinsichtlich der Idee zu einem Kultusbeitrag für Kirchensteuerflüchtlinge erhielt Max Hiegelsberger von der Diözese. Die Diözese Linz bezeichnet den Vorschlag des oberösterreichischen ÖVP-Bauernbundes, einen Kultusbeitrag für "Kirchensteuer-Flüchtlinge" einzuführen, als "nicht sehr glücklich angesetzt". Bischofsvikar Wilhelm Vieböck verwies am Dienstag vor Journalisten auf Stimmen aus der Politik, dass die Idee in der aktuellen Steuerdebatte kein Thema sei. "In aller Regel hat sich die Finanzierung über den Kirchenbeitrag bewährt", betonte Vieböck. Der Großteil der Kirchenmitglieder zahle anstandslos.

Hiegelsberger - ein plötzlich fast berühmter Landesrat .. so titelten die OÖN am 12.1. einen Beitrag zu diesem Thema:

So hatte sich Max Hiegelsberger das mit der Berühmtheit sicher nicht vorgestellt: „Schau, der Kirchensteuer-Boss“, ätzte ein Passant, der den Agrar- und Gemeinde-Landesrat Montagmittag im Durchgang des Landhauses erblickt hatte.

Mit seiner Forderung, wonach „Kirchensteuer-Flüchtlinge“ statt des Kirchenbeitrags „einen Beitrag in gleicher Höhe für Kultuszwecke“ überweisen sollten, ist dem VP-Politiker der Jahresauftakt gründlich missglückt. Selbst in der eigenen Partei rätselt man, was Hiegelsberger zu dieser Presseaussendung veranlasst haben könnte, die ihm österreichweit Spott und Hohn eingebracht hat. „Eines ist ihm damit gelungen: Er hat wirklich Freund und Feind überrascht“, sagt ein hoher VP-Funktionär.

Bis zur Vorwoche verrichtete der 46-Jährige sein Tagwerk bieder und unauffällig. Seine Pressearbeit widmete er nicht gerade den großen Aufregertemen: In der Adventzeit pries er in Aussendungen unter anderem die Qualität heimischer Christbäume, empfahl zum Weihnachtsfestmahl „frischen Fisch aus heimischen Gewässern“ und warb unmittelbar nach den Festtagen für Urlaub auf dem Bauernhof. Im Amt ist der „neue“ Landesrat mittlerweile schon mehr als ein Jahr. Im Herbst 2010 war Hiegelsberger, damals noch Landtagsabgeordneter und Bürgermeister von Meggenhofen, auf Josef „Ferdl“ Stockinger als Agrar- und Gemeindefunktionär gefolgt. Stockinger hatte sich aus der Landespolitik in die Chefetage der Oberösterreichischen Versicherung verabschiedet – nicht ohne sich zuvor für Hiegelsberger als Nachfolger starkgemacht zu haben.

Dabei könnten Hiegelsberger, der 2009 erstmals in den Landtag gewählt worden war, und sein Vorgänger Stockinger vom Typ her unterschiedlicher nicht sein: Während der Genussmensch Stockinger die Neigung hatte, sein Amt durchaus auch barock zu zelebrieren und selbständig inhaltliche Akzente zu setzen, zeigt Hiegelsberger nicht den geringsten Drang ins Rampenlicht. Gerade diese Zurückhaltung dürfte mitentscheidend dafür gewesen sein, warum in der VP-Spitze die Wahl auf Hiegelsberger fiel: Denn in der oberösterreichischen ÖVP gibt es derzeit ohnehin viele, die Ambitionen auf Karrieresprünge haben. Zu viele Alphonse könnten aber die Stimmung im Team vergiften. Da traf es sich ganz gut, dass mit Hiegelsberger einer gefunden wurde, der sich mit einem Platz als verlässlicher Arbeiter in der zweiten Reihe zufriedengibt.

In der Landes-VP ist man daher auch bemüht, über Hiegelsbergers Kirchensteuer-Vorstoß rasch Gras wachsen zu lassen und ihn als sachorientierten Politiker zu loben. „Er hat für seine Aufgabe im Gemeinde- und Agrar-Ressort sehr gute Voraussetzungen, weil er selbst Bürgermeister war und Landwirt ist. Aber er hat das Pech, dass sich die Finanznot der Gemeinden zuspitzt. Er kann nichts verschenken, sondern muss einschränken“, wirbt ein führender VP-Funktionär um Verständnis für Hiegelsberger.

Doch das täuscht nicht darüber hinweg, dass Hiegelsbergers Anfangsphase als Landesrat wenig glücklich verlaufen ist. Das begann schon damit, dass sich im Frühjahr bei den Bürgermeister-Neuwahlen in der tiefschwarzen Gemeinde Meggenhofen der SP-Außenseiter überraschend gegen den von Hiegelsberger als Nachfolger auserko-

renen VP-Kandidaten durchsetzte. Auch in der Diskussion um Spekulationsgeschäfte in oberösterreichischen Gemeinden machte Hiegelsberger keine sattelfeste Figur.

Schließlich hat er als Landesobmann des Bauernbundes vor wenigen Tagen mit der Ablöse von Bauernbund-Direktor Andreas Gaisbauer unter einigen Bauernvertretern heftige Irritationen ausgelöst. Gaisbauer gilt als Polterer, der auch die Konfrontation mit anderen VP-Bünden nicht scheut. Vielen Bauern gefiel das, aber der ruhige Hiegelsberger habe diesem Stil nicht viel abgewinnen können, heißt es. Dass er nun mit der Waldviertlerin Maria Sauer eine bisher in der Agrarpolitik unerfahrene Frau zur Direktorin macht, stufen Kenner der Mechanismen im Bauernbund als riskant ein. Diese Entscheidung könne ihm unter Umständen länger Probleme bereiten als sein Kirchensteuer-Sager.

Mit einem aber kann sich Hiegelsberger nach seinem Kirchensteuer-Lapsus zumindest trösten: Im Politikbarometer der OÖNachrichten war er im Herbst des Vorjahres 53 Prozent der befragten Oberösterreicher gänzlich unbekannt. Das dürfte sich jetzt geändert haben.

Vom Freidenkerbund gab es eine Presserklärung "Sondersteuer":

Es ist nicht einmal die Voraussetzung einer solchen Diskussion gegeben, nämlich, dass die Kirche alle Zahlen über ihre Finanzierung, namentlich alle Transferleistungen und Spenden und deren Verwendung öffentlich macht und nichts verschweigt wie bisher.

In einem langen Artikel konnte der "News"-Journalist Kellhofer letztes Jahr kein Licht in die Finanzen der Kirche bringen. Vor allem über die Kernfrage der Transferzahlungen gab es keine Angaben.

Einesteils klang der Artikel nach "arme Kirche", andererseits protzte der St.Pöltner Bischof Küng, dass die Kirche so reich sei, dass sie auch ohne Kirchensteuer überleben kann. Warum sie dann nach wie vor die Bevölkerung schröpft, blieb im Dunklen. Jedenfalls ortet man in weiten Teilen der Bevölkerung, auch und gerade bei kirchennahen Kreisen, wie dem öö. Bauernbund, horrende Informationsmängel. Es gibt nur Schätzungen über Kirchenfinanzen. Die Einnahmen aus den Kirchengütern allein scheinen fast eine ¾ Milliarde € auszumachen. Fachleute wie Carsten Frerk beziffern allein die Zuschüssen vom österreichischen Steuerzahler auf etwa 1,2 Milliarden. Was damit wirklich passiert, wie niemand, da es keine veröffentlichten Bilanzen in der Kirche gibt. Umgerechnet zahlt jeder, der ausgetreten ist, über seine Steuern noch immer rund 350,- pro Jahr an die Kirche. Das ist öffentlich kaum bekannt, die Kirche verschweigt diese Daten, was allein schon undemokratisch ist und zeigt, dass die Kirche an Transparenz und an einer sachlichen Auseinandersetzung nicht interessiert ist.

Nachdem die Kirche letztes Jahr der Regierung handstreichartig eine Erhöhung der Absetzbarkeitsgrenze abgerungen hat, die allein unserer Schätzung nach dem Steuerzahler weitere 30 Mio. Euro kosten wird, kann jede Diskussion über Kirchenunterstützung nur mit Kopfschütteln quittiert werden und birgt für die Kirche die Gefahr des Kippens der Sympathie für die Kirche in der Bevölkerung.

Dass der Vizekanzler und Ritter vom Heiligen Grab Michael Spindelegger die Diskussion über eine Kulturabgabe für die Kirche nicht grundsätzlich ablehnt, war zu erwarten.

Dr. Gerhard Engelmayer, Pressesprecher Freidenkerbund Österreich

Auch die Proponenten des Volksbegehrens gegen Kirchenprivilegien nahmen dazu Stellung:
Leere Kirchen säkularisieren!

Zweithöchste Kirchenaustrittszahlen seit 1945: Staat soll verwaiste Kirchen nicht subventionieren, sondern für alle nutzbar machen. "Mittellose" Kirche kauft teure Immobilien.

Der Erhalt kirchlicher Bauten wird bereits jetzt vielfach aus Steuermitteln finanziert. Trotzdem wird der Ruf nach einer "Kirchensteuer für alle" laut, mit dem Argument des Erhalts kirchlicher Bauten. "Dieser Vorstoß des Bauernbundes erfolgte wohl angesichts der nun bekannt gewordenen extrem hohen Kirchenaustrittszahlen", mutmaßt Niko Alm, Mitinitiator des Volksbegehrens gegen Kirchenprivilegien. Seit 2006 sind der Kirche 312.497 Schäfchen davongelaufen, die aktuellen Zahlen 2011 sind die zweithöchsten seit Jahrzehnten. "Für die Kirche hat zu gelten, was für jeden anderen Immobilienbesitzer auch gilt: Wer sein Bauwerk nicht mehr erhalten kann oder will, muss er verkaufen", fordert Alm. Privilegien seien für die schwerreiche Kirche fehl am Platz. Und wenn der Staat schon für den Erhalt aufkomme, dann sei es nur recht und billig, diese Immobilien günstig zu erwerben und im Interesse des Gemeinwohls zu nutzen.

Kirche kauft Immobilien in bester Lage

Ein Beispiel für solchen Erhalt auf Kosten aller ohne jeden Vorteil für die Gesellschaft ist die Kollegienkirche in Salzburg. Wie die Tageszeitung "Der Standard" berichtete, wurden für deren Sanierung bisher von der Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) 3,7 Millionen Euro ausgegeben. Weitere 2,5 Millionen Euro sollen bis 2013 folgen. Während sich die Kirche ihre Sakral-Immobilien also vom Staat über Zwangsbeiträge und Steuerleistungen finan-



zieren lässt, kauft sie andererseits eifrig gewinnbringende Immobilien ein: **Vor einem Jahr wurde publik, dass der Karmeliterorden das 50 Hektar große Stadtareal Reininghausgründe in Graz erworben hat. Im Jahr 2010 verlautbarte die BUWOG den Verkauf von 11 Wohnhausanlagen mit insgesamt 276 Wohnungen an das Benediktinerstift Admont in der Steiermark.**

Papstkreuz: vermutlich illegal errichtet und von Gemeinde Wien subventioniert

Aber nicht nur Bundesmittel werden für kirchliche Subventionen missbraucht. Auch aus Landesmitteln finanzieren Steuerzahler unfreiwillig kirchliche Projekte: aktuell das "Papstkreuz" im Wiener Donaupark. Laut Informationen, die der "Initiative Religion ist Privatsache" vorliegen, wurde das Bauwerk ohne Baubewilligung und daher entgegen der Wiener Bauordnung errichtet. Univ.-Prof. Dr. Heinz Oberhummer, Vorstandsmitglied der Initiative: "Es ist unerträglich, wenn gesetzliche Bestimmungen ignoriert werden, nur weil es sich um ein Bauwerk der katholischen Kirche handelt. Protzige religiöse Symbole, die nur der Zurschaustellung des weltlichen Machtanspruches einer Kirche dienen, haben in der Öffentlichkeit nichts verloren."

Umwidmung kirchlicher Bauwerke im Trend

Das Interesse an der Umwidmung kirchlicher Bauwerke nimmt unterdessen in ganz Westeuropa zu: In Deutschland werden Sakralbauten immer häufiger zu Wirtshäusern, Discos oder Konsumtempeln umfunktioniert. 2004 gelangten luxuriöse bischöfliche Immobilien in Millionenwert auf den englischen Immobilienmarkt. "Da die Zahl der Kirchenmitglieder sich seit Jahren im freien Fall befindet und auch die sonntäglichen Kirchgänger längst eine verschwindende Minderheit bilden, wäre es nur recht und billig, dass ehemals sakrale Bauten einer sinnvollen Nutzung im Sinne der Allgemeinheit zugeführt werden", sagt Volksbegehrens-Proponent Niko Alm.

Zum Abschluss des Themas ein Beitrag von Waltraud Prothmann in der Presse vom 12.1.2012:

Wenn der Schein die Mittel heiligt

Die Forderung aus Oberösterreich, einen „Kultusbeitrag“ für Kirchensteuer-Flüchtlinge einzuführen, ist höchst verwegen.

Als ich den Schriftsteller Michael Köhlmeier interviewte und auf seine biblischen Erzählungen ansprach, betonte er, mit Religion „absolut nichts am Hut“ zu haben: „Ich habe eine solche Distanz zum Katholizismus, dass es mir nicht einmal einfallen würde, Kritik zu üben.“ Diese Einstellung begegnet einem auf Schritt und Tritt.

Ob jemand einer Konfession (noch) angehört oder längst ausgetreten ist, die Kirche interessiert ihn nicht (mehr). Schade! Denn was wir oft nicht erfahren: Welch nachhaltigen Einfluss Religionsgemeinschaften, allen voran die römisch-katholische Kirche, auf politische Entscheidungen nehmen und welche Unsummen sie jeden Steuerzahler kosten.

Unkontrollierbare Kollekte

Die Forderung nach einem „Kultusbeitrag“ ist in höchstem Maße irreführend! Aufgrund des unzeitgemäßen Konkordats zwischen dem Vatikan und Österreich bezahlen wir ohnehin Millionenbeträge in Form gigantischer Subventionen und Sonderprivilegien, unter anderem für das kirchliche Lehramt, die Sanierung von Bauten; für Privatschulen, „Bildungshäuser“, Kirchentage und Initiativen, vor allem für die fortwährende monströse Selbstdarstellung und den feudalen Lebensstil mancher Kleriker.

Die zusätzliche (!) Kirchensteuer wurde von den Nazis eingeführt und einfach beibehalten. Zusammen mit unkontrollierbaren Kollekten, Spenden und Steuerprivilegien verfügt die Kirche – trotz scheinheiligen Jammerns über Engpässe aufgrund der Austritte und Bußzahlungen für ihre schweren Vergehen – in Wahrheit über einen immensen Reichtum, mit dem sie vor allem ihre Macht und den gesellschaftlichen Einfluss sichern und mit Mega-Events idealistische Jugendliebe anlocken kann.

Nur ein kleiner Anteil wird mit lautem Getöse durch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk (mehr oder weniger unklaren) karitativen Zwecken zugeführt. Aber selbst dazu werden Kinder instrumentalisiert: Nicht etwa Bischöfe und Kardinäle in ihren sündteuren Verkleidungen lassen sich herab, die „Weisen aus dem Morgenland“ zu spielen. Kinder erledigen diese Bettelei – unter dem Deckmäntelchen des „Brauchtums“.

Religion ist Privatsache

Den Maulkorberlass im ORF habe ich selbst erlebt: Zum Thema „Flucht aus der Kirche“ nahm ich an der Fernsehsendung „Im Zentrum“ teil. Als ich die Frage nach der politischen Verantwortung des Staates, der die Kirche durch das Konkordat schützt und deckt, stellen wollte, vertröstete mich der Moderator Peter Pelinka auf eine „spätere Runde“ und sorgte dafür, dass sie nicht mehr angeschnitten werden konnte.

Nach der Sendung erklärte er mir freundlich, dass es in Absprache mit den Stiftungsräten unerwünscht sei, dieses Thema anzusprechen. Als öffentlich-rechtliche Anstalt sei der ORF gezwungen, kirchenfreundlich zu berichten und Österreich als „katholisches Land“ nicht infrage zu stellen.

Aber Religion ist Privatsache! Und Demokratie beruht auf keinem Mythos und keinem Glauben. Dass Politiker dies begreifen mögen, dafür kämpfen sogar Islamisten, wie der tunesische Dichter Moncef Ouhaibi, der eindringlich vor der Ausnutzung demokratischer Spielregeln für religiöse Zwecke warnte.

Engagierte Distanz fehlt

In Österreich fehlt die engagierte Distanz zu einer immer noch viel zu mächtigen Institution, die Menschenrechte – vor allem die von Frauen – verletzt. Das wird nicht ausreichend thematisiert. Eine rigide Ideologie muss immer noch von ihren Opfern, Kritikern und Gegnern mitfinanziert werden. Das ist einer Zivilgesellschaft unwürdig.

Waltraud Prothmann-Seyersbach ist Kommunikationspädagogin und freie Journalistin in Salzburg

Nachbemerkung: In dieser Diskussion ist der Umstand untergegangen, der sogar die r.k. Kirche gegen den Vorschlag des dunkeltiefschwarzen Landesrates aufbringen hätte können oder sogar müssen. Das italienische System wonach alle Bürger unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit eine Kultursteuer zahlen müssen, war dadurch entstanden, dass der Staat 1986 sein System umzustellen begann: die kirchlichen Personalkosten zumindest zum Teil aus der Staatskasse zu bezahlen, wurde abgeschafft und nach einer Übergangsphase ab 1990 eine Neuregelung eingeführt: Jeder Steuerzahler weist 0,8 Prozent seiner Einkommensteuer entweder einer bestimmten Kirche oder sozialen Zwecken zu.

Es wäre allerdings in Österreich beim Ansehen der katholischen Kirche speziell auch unter vielen Kirchenmitgliedern wenig überraschend, wenn durch so ein System die Kirche keinen Zugewinn, sondern beträchtliche Verluste erlitt. Weil ein Kirchenaustritt brächte keine Ersparnis mehr, aber eine Umwidmung der Kultur- oder Kultussteuer für soziale Zwecke hätte keine kirchenrechtlichen Nachteile, was hieße, dass alle, die sich über die katholischen Zustände ärgerten, aber nicht aus der Kirche austreten wollen (oder aus den verschiedensten Gründen in ihrem Umfeld nicht austreten können), durch eine Umwidmung des Beitrages in der Lage wären, der katholischen Kirche Geld zu entziehen, ohne dass sich dadurch ihr Status als "Katholik" ändern würde. Es kann mit einer gewissen Sicherheit vermutet werden, dass der Frust vieler Kirchenmitglieder die Finanzen von Kinderdörfern und ähnlichen Einrichtungen stärken, aber die Kirche finanziell schwächen würde. Irgendwie schade, dass man das nicht ausprobieren kann.

Erwin Peterseil